

Ruf nach dem Staat ist jetzt keine Lösung!

Wenn man sich die Ereignisse des Juli, die Attacke von Würzburg, den Anschlag von Ansbach und die neun Morde von München vor Augen führt, dann gilt hier vor allem: Zeitliche Koinzidenz erklärt die Taten ebenso wenig wie ethnische Herkunft oder der Aufenthaltsstatus der Täter. Um die Taten aufzuklären und ähnliche Taten in Zukunft zu verhindern, sind Antworten auf andere Fragen entscheidend: Vor welchem ideologischen, persönlichen und sozialen Hintergrund handelten die Täter, welche äußeren Einflüsse bestimmten den Verlauf ihrer Radikalisierung? Wie konnten sie sich ihre Tatwaffen beschaffen und wie lässt sich dies in einer sich bewaffnenden Gesellschaft zukünftig verhindern?

InnenpolitikerInnen, denen es nicht um abstrakte Sicherheitslogik, sondern um den Schutz der Menschen in diesem Land geht, sollten kritisch hinterfragen, ob die Ermittlungsbehörden fachlich und personell in der Lage sind, im Bereich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr zielgerichtet zu handeln. Der Kahlschlag im öffentlichen Dienst kann und muss korrigiert werden. Weiterhin gilt es, politisch einzuordnen, nicht zu beschwichtigen, aber auch keine Ängste zu schüren.

Die LINKE argumentiert mit Fakten: 2015 ereigneten sich nicht mehr, sondern weniger Gewaltstraftaten als im Jahr 2010 – dies gilt auch für Mord und Totschlag. Geflüchtete sind nicht mehr oder weniger kriminell als Menschen mit sicherem Aufenthalt und mehrheitsdeutscher Herkunft. Wir erleben, dass islamistische Morde von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund begangen werden und dass Rassisten sowohl Ali als auch David heißen können.

Statt schnelle Antworten zu finden, sollten wir uns Zeit für die richtigen Fragen nehmen: Wer sind die Täter und was waren ihre Motive und Hintergründe? Wer sind die Opfer und warum wurden sie ausgewählt? Welche Versprechen finden Menschen in menschenverachtenden Ideologien? Auf Grundlage dieser Fragen, können wir nach Antworten suchen. Weiterhin brauchen wir dauerhaft finanzierte und staatsferne



Gedenken an Opfer des Amoklaufs vor dem Olympia-Einkaufszentrums in München. Ein junger Deutsch-Iraner erschoss bei einem Amoklauf neun Menschen. (Foto: dpa)

Projekte zur Gewaltprävention und die Beratung von Angehörigen. Aber das ist kein Allheilmittel.

TäterInnen, die von menschenverachtenden Ideologien geleitet werden, begehen ihre Taten aus dem Wunsch heraus, ihre ideologischen Werte durchzusetzen – und nicht aus Kränkung oder, wie man uns im Fall von Beate Zschäpe weismachen will, aus bedingungsloser Liebe. Die Anziehungskraft einer Überlegenheitsvorstellung des eigenen Glaubens, der eigenen Hautfarbe, des eigenen Geschlechts mündet in Abwertung all jener, die von der ideologischen Norm abweichen. Ihnen wird die Existenzberechtigung abgesprochen – im NS ebenso wie im IS-Kalifat.

Konservative reagieren auf egal welche Verbrechen – Einbruchserien, sexuelle Übergriffe, Anschläge oder Terror – derzeit, indem sie die ethnische Karte zücken. Ob ihre Analysen stimmen, ihre Maßnahmen Wirkung erzielen, ist sekundär. Der permanente Ausnahmezustand soll her. Sie wollen vor allem die Republik umbauen. Die Antworten sind ausschließlich ordnungspolitisch: Mehr Überwachung, weniger Datenschutz, mehr Geheimdienst, weniger Bürgerrechte, mehr Restriktionen gegen soziale Minderheiten, weniger Demokratie. Eine kritische Linke hat es da nicht leicht.

Ihre erste Antwort – zuerst die Analyse und nicht der Ruf nach dem starken Staat – ist schwerer zu verkaufen. Wir müssen verstehen, was passiert ist, wer die Täter sind, ihre Motive, ihr ideologisches Rüstzeug und Hintergründe analysieren. Und unsere Aufgabe ist es auch, als Lehre aus dem NSU-Komplex die Frage zu stellen, was die Opfer und die Angehörigen erwarten und an Unterstützung benötigen.

Das zwanghafte Starren auf die vermeintliche Herkunft von Menschen versperrt die Sicht darauf, dass Radikalisierungsprozesse ideologisch und sozial begründet sind und dass die Frage, ob wir eine gesellschaftliche Integration für alle schaffen, wesentlich davon abhängt, wie glaubwürdig wir für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit eintreten und wie erfahrbar diese Werte im Alltag sind.

Martina Renner,
Mitglied des Bundestages

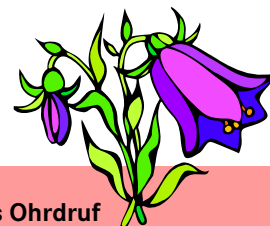
Dieser Artikel erschien am 5. August 2016 in der Wochenzeitung „der Freitag – Das Meinungsmedium. Das Thema Sicherheit. Nach Ansbach und Würzburg. Wie sind die Bürger am besten zu schützen? Martina Renner antwortete. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/mehr-polizei-und-mehr-psychologen>

Mitreden - Mitmachen - Mitgestalten

In der letzten Kreisvorstandssitzung am 12. Juli standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- das Strategiepapier des Landesvorstandes
- die Auswertung unseres RedSOXX-Straßenfestes am 25. Juni
- die Vorbereitung unseres diesjährigen Sommerfestes am 20. August im Schwimmbad Wölfis
- unsere nächste Gesamtmitgliederversammlung wurde für den 16. September um 15 Uhr in den Klub Galletti in der Judenstr. 44 in Gotha einberufen (Beschluss)
- nach reichlicher Diskussion bestätigte der Kreisvorstand die neue Zusammensetzung der Klarsichtredaktion mit folgenden Mitgliedern: Klaus Perlt (Redakteur), Vera Fitzke, Joachim Thier-Ueltzen, Helga Oschütz (Korrekturlesung), Wolfgang Möller (Satz und Layout bis ein Nachfolger gefunden ist)

Wir gratulieren recht herzlich im August zum Geburtstag



Bernd Fundheller aus Gotha
Christine Brand aus Gotha
Rudi Laue aus Dachwig
Norbert Usbeck aus Tambach-D.
Burkhard Dötsch aus Leina

Ingeborg Schmidt aus Ohrdruf
Peter Büschel aus Ernstroda
Irene Kästner aus Wechmar
Herbert Wesenberg aus Gotha
Hans-Jürgen Lange aus Gotha



Nachträglich gratulieren wir dem Ehepaar Rosemarie und Heinz Nürnberg aus Gotha herzlich zu ihrer Diamantenen Hochzeit im Juli.

* * *

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder: Jan Engelmann, 27 Jahre, Döllstädt (Eintritt im Juni).

Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung

Wann: 16. September 2016 um 15 Uhr

Wo: Volkssolidarität – Klub Galletti, Judenstr. 44 in Gotha

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Vorstellung und Diskussion zum Strategiepapier des Landesvorstandes
3. Wahlen zu einem Mitglied des Kreisvorstandes, zu einem Delegierten zum Landesparteitag und einem Mitglied des Landesausschusses
4. Termine und Sonstiges

Der Kreisvorstand lädt alle Mitglieder und Sympathisanten des Kreisverbandes DIE LINKE.Gotha herzlich ein und freut sich auf eine rege Teilnahme.

Ein Haus mit einem großen Namen



Vor 75 Jahren, am 17. August 1941, wurde Lothar Bisky geboren. Vor drei Jahren, am 13. August 2013, verstarb er. Das Haus der Partei DIE LINKE in der Potsdamer Alleestraße ist mit der Arbeit von Lothar Bisky eng verbunden. Deshalb hat DIE LINKE.

Brandenburg beschlossen, dem Haus einen großen Namen zu geben: Lothar-Bisky-Haus. 12. August 2016 um 17 Uhr, Potsdam, Alleestraße 3. Veranstalter: DIE LINKE. Brandenburg, Michael-Schumann-Stiftung.

DIE LINKE beteiligt sich an den deutschlandweiten Protesten. Wir fahren nach Leipzig. Fahr mit! Mitfahrgelegenheit unter Telefon (03621) 85 61 62 oder E-Mail rgeschaefsstelle@die-linke-gotha.de

DIE LINKE.

1. September – Weltfriedenstag

Seit Beginn der 1950er Jahre wurde in der Deutschen Demokratischen Republik der 1. September als „Tag des Friedens“ bzw. als „Weltfriedenstag“ bezeichnet, an dem die Öffentlichkeit in Versammlungen und Kundgebungen zum Eintreten für den Weltfrieden aufgerufen wurde. Die westdeutsche Initiative für diesen Gedenktag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief.

Zu Zeiten Kaiser Wilhelms II. gab es noch Politiker mit dem Titel „Kriegsminister“. Man sprach vom nationalen Interesse, das „mit dem Schwerte“ in aller Welt durchzusetzen sei. Heute hingegen sollten „Verantwortung, Sicherheit und Frieden“ als Ziele der Regierungspolitik gelten. „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen!“ Mit diesen Worten wird Franz Josef Strauß (CSU) aus dem Jahr 1949 zitiert. Aber das war nur der Populismus einer Rede im Wahlkampf zum ersten Deutschen Bundestag. Bald erfolgte die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Die Bundeswehr ist weltweit in über einem Dutzend Ländern „engagiert“. Mit Rüstungsgütern im Wert von knapp 4 Mrd. Euro ist die BRD der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der Beginn einer Zeit voll Frieden und Wohlstand für alle Europäer herbeifantasiert. Es hatte nach 45 Jahren Frieden in Europa nur neun Jahre der sogenannten „Einheit“ gebraucht, bis sich deutsche Soldaten in Jugoslawien 1999 wieder an Kriegen beteiligten. Heute wie 1999 wird uns erzählt, die Bundeswehr setze sich gegen Piraten, Diktatoren und mordende Banden ein und würde Demokratie, Brunnen und Mädchenschulen bringen. Die Bundeskanzlerin, die „Verteidigungsministerin“, der Bundespräsident und die allermeisten der etablierten Politiker propagieren dies als die „deutsche Verantwortung“. Für wen übernimmt die Bundesregierung da eigentlich Verantwortung? Und in wessen Interesse werden die Kriege in aller Welt geführt? Dienen die „neuen“ Kriege und Waffen heute dem „Guten und Schönen“? Nein!

Der Bundespräsident Horst Köhler sagte 2010: „[...] dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandlungsorientierung und

damit auch Außenhandlungsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren [...]“. In dieser Äußerung tritt das tatsächliche Interesse an Konflikten, Interventionen und Kriegen zutage – das der deutschen Banken und Konzerne. Es geht um Waffenlieferungen in Konfliktregionen, wie Israel und Saudi-Arabien, um „freie“ Handelswege vor der Küste Somalias, um Zugriff auf Bodenschätze oder um Einflussphären, wie im Kosovo und Afghanistan, Öl, Gas und Absatzmärkte, wie in der Ukraine.



In der Ukraine hat die „westliche Wertegemeinschaft“ durch die Unterstützung der Maidan-Faschisten den Bürgerkrieg und somit die Gefahr eines Krieges auf europäischem Boden verursacht. Schaut man etwa in den Rüstungsexportbericht der Bundesregierung, findet man eine Liste der Staaten, in welche die BRD Waffen verkauft: An erster Stelle steht der Staat Israel (700 Mio. Euro) – eine Besatzungsmacht, welche die Bevölkerung Palästinas entrechtet und bombardiert. An zweiter Stelle stehen die USA, die stärkste imperialistische Macht der Welt. Und mit Saudi-Arabien findet sich ein Staat an sechster Stelle, der für Peitschenhiebe gegen Oppositionelle und Sklaverei bekannt ist und aktuell den benachbarten Jemen, eines der ärmsten Länder dieser Welt, bombardiert. In Syrien kämpfen alle Seiten, auch der „Islamische Staat“, mit deutschen Waffen.

Die Türkei ist dabei, Krieg gegen Syrien zu führen und bringt damit alle NATO-Staaten an die Schwelle eines großen Krieges.

Auch von der Bundesregierung gebilligt, wird dabei ein Krieg gegen das kurdische Volk geführt. Öffentliche Mittel für das Gemeinwohl, für Gesundheit, für Bildung werden zusammengestrichen, während der „Verteidigungs“etat von 24 Mrd. DM (1999) auf 33 Mrd. Euro (2015) gestiegen ist. Niedrige Löhne, wechselnde Beschäftigung, Teilzeitarbeit und Perspektivlosigkeit nehmen insbesondere für die junge Generation zu.

Jährlich besucht das Militär 8100 Schulen und etliche Jobmessen. Mit Werbung an jeder Ecke und „Corporate Design“ versucht die Bundeswehr sich als attraktiver „Arbeitgeber“ zu präsentieren. Der Werbeetat liegt allein für Schulen bei knapp 30 Mio. Euro. Jugendliche werden durch ihre Not, durch Mangel an passenden Ausbildungsplätzen und durch miese Chancen auf dem „Arbeitsmarkt“ zum Dienst an der Waffe gezwungen.

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Wir müssen an diesem Tag – dem Weltfriedenstag – deutlich machen: Die Rhetorik des „Engagements für Menschenrechte und Demokratie“ dient der Verschleierung der Kriegsursachen und Kriegsziele! Kriege werden nicht im Interesse der arbeitenden und lernenden Bevölkerung geführt, Armut und Militarisierung gehen Hand in Hand.

2003 demonstrierten Hunderttausende gegen eine deutsche Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak. Auch heute lässt sich die Kriegsmaschine stören: An Schulen gilt es, die Bundeswehr an ihrer Propaganda-Arbeit zu hindern. An den Hochschulen gilt es, gegen Rüstungsforschung und für eine zivile und kritische Wissenschaft zu kämpfen – ein erster Schritt: die Zivilklausel! In und mit den Gewerkschaften gilt es, für Rüstungskonversion, also die Überführung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion bei Erhaltung der Arbeitsplätze, zu streiten. Wir treten ein für ein intaktes Gemeinwesen, in dem die Armee nichts zu suchen hat. Krieg beginnt hier. Hier können wir ihn auch stoppen! Weg mit den Drohnen vom Standorttruppenübungsplatz Ohrdruf, mit denen in Kriegen getötet werden soll. Für eine zivile Nutzung dieses Areals.

Klaus Perlt

Was lange währt, fährt endlich gut!

Der Kreistag Gotha debattierte ein Jahr über die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dieser zählt bekanntlich zur Daseinsvorsorge.

Der Landkreis muss also Sorge dafür tragen, dass Menschen Dienstleistungen und Versorgungsfunktionen zur Grundsicherung in angemessener Zeit mit Bussen und Bahnen erreichen können und dabei die Finanzierung im Auge behalten. Die Fraktion DIE LINKE. beschäftigte sich intensiv mit dem fast 250-Seiten-Werk und zahlreichen Stellungnahmen von u.a. Gemeinden, Verbänden und Busunternehmen.

Sondersitzung des Kreistages

Trotz Sommerpause tagte der Kreistag, um eine Entscheidung über den Nahverkehrsplan für den Landkreis Gotha zu treffen. Dieser setzt Rahmenbedingungen für die Entwicklung des ÖPNV in den Jahren 2017 bis 2021 und darüber hinaus. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme werden die verkehrspolitischen Ziele und Maßnahmen dargestellt.

Der Landkreis Gotha ist per Gesetz verantwortlich für diese Aufgabe. Er lässt die Regionale Verkehrsgemeinschaft Gotha GmbH (RVG) als Gesellschaft der örtlichen Busunternehmen sowie die Thüringerwaldbahn und Straßenbahn Gotha GmbH (TWSB) diese Verkehrsleistungen erbringen. Fahrgeldeinnahmen, Finanzhilfen des Freistaates Thüringen und Zahlungen des Landkreises Gotha gemäß einer vom Kreistag im Jahre 2007 ÖPNV-Richtlinie finanzieren diese Daseinsvorsorge. Der Landkreis ist im Verkehrsverbund Mittelhüringen (VMT) – ein Zusammenschluss von Verkehrsunternehmen mit dem Ziel, ein einheitliches und attraktives Verkehrsangebot zu schaffen. Dadurch ist es beispielsweise möglich, dass Bus, Straßenbahn und Zug mit einem einzigen Ticket genutzt werden können.

Im Nahverkehrsplan heißt es zur Bestandsaufnahme abschließend:

„Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das seit Jahren in seinen Grund-

zügen unveränderte ÖPNV-Angebot im Landkreis Gotha den Anforderungen sehr gut entspricht. Das Angebotsniveau ist überdurchschnittlich. Die Nachfrage bzw. Auslastung ist im Thüringer Vergleich jedoch unterdurchschnittlich. Vor diesem Hintergrund ergibt sich für den Landkreis Gotha als Aufgabenträger ein Zuschussbedarf pro Einwohner, der über dem Durch-



Der Landkreis Gotha hält ein überdurchschnittlich gutes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr vor. Auch die Thüringer Waldbahn gehört dazu. Foto: Peter Riecke

schnitt aller Thüringer Landkreise liegt. Für den Landkreis Gotha empfiehlt es sich daher, seine Positionierung zwischen einer ausgeprägten Grundversorgung einerseits und einer wirtschaftlichen Durchführung des ÖPNV andererseits auf Optimierungsbedarf hin zu betrachten.“

Neue Herausforderungen an den Nahverkehr

Der ÖPNV ist auch im Landkreis Gotha fester Bestandteil der Daseinsvorsorge. Dabei geht es um mehr als die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen. Potenziellen Nutzern und Fahrgästen wird eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr aufgezeigt. Auf die Barrierefreiheit muss zukünftig ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Zu den Zielen zählt ebenso die Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz. Darüber hinaus soll die Organisation des ÖPNV optimal und nachfrageorientiert sein. Recht und Gesetz müssen auch bei der Verkehrsplanung

eingehalten werden. Ein wesentlicher Schritt zur Schaffung einer rechtssicheren Organisationsstruktur für den StraßenPersonenNahVerkehr (StPNV) liegt im Auslaufen des Betrauungsvertrages mit der RVG zum 30. Juni 2019. Die Leistungsbereiche Management und Organisation einerseits und direkte Busverkehrsleistungen andererseits sollen getrennt werden. Bisher sind beide Leistungsbereiche bei der RVG angesiedelt. Das Recht der Europäischen Union, aber auch moderne Ansätze zur Verwaltungssteuerung sehen dies kritisch. Im Kreistag wurde darum gestritten, ob der Leistungsbereich Management und Organisation zukünftig im Landratsamt oder in Form einer kreiseigenen GmbH erbracht werden soll. Mehrheitlich entschied sich der Kreistag Gotha für die Gründung der Nahverkehrsgesellschaft des Landkreises Gotha mbH (NVG) als hundertprozentige Tochtergesellschaft des Kreises.

Beide Vorlagen wurden mit den Stimmen der Linksfraktionäre beschlossen.

Nahverkehrsplanung wird Dauerthema

Die Thematik Nahverkehrsplanung beschäftigte die Kreistagsmitglieder bisher in regelmäßigen Abständen von vier Jahren – immer mit der Diskussion zu diesem Plan. Eine Intention der Linkfraktion ist es, mindestens jährlich über die Entwicklungen und die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes zu sprechen. Landrat Konrad Gießmann hatte parallel hierzu vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen. Diese soll sich u. a. mit Verbesserungsvorschlägen und Anregungen für einen besseren Nahverkehr auseinandersetzen. Hierzu gibt es auch schon eine ausführliche Agenda: flexiblere Bedienungsangebote schaffen, die Einrichtung einer Tourismuslinie (bspw. Gotha – Hainich) oder die Einführung eines Sozialtickets. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. wird sich auch hierbei wieder mit Fachkompetenz und Engagement einbringen. Ausdrücklich bedankt sich die Fraktion für die gute Arbeit, insbesondere bei den Verkehrsunternehmen.

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

Telefon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/856 164, V. Fitzke (V.i.S.d.P.)

Zwei Fragen bestimmten meine parlamentarische Sommerpause und beide haben mit der Bedrohung von Existenzen zu tun: die Existenzfrage für die Milchbauern und die Existenzfrage Frieden, NATO und DIE LINKE.

Die Milchkrise, deren Auswirkungen in den Dörfern bei uns täglich diskutiert wird, ist durch das gegenwärtige neoliberale Marktmodell der Europäischen Union verursacht. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU beinhaltet auf der einen Seite finanzielle Fördermaßnahmen, wie die Flächenbeihilfen für landwirtschaftliche Betriebe, hat aber auf der anderen Seite Regulierungen – als Grundlage einer planvollen europäischen Produktion – weitgehend abgeschafft.

Diese Praxis bringt immer wieder schwere Krisen in der Landwirtschaft hervor. Die gegenwärtige Krise im Milchsektor mündet darin, dass aufs Geratewohl Kühe geschlachtet werden, Milchproduktion eingestellt wird und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren und so in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht werden.

Notwendig zur Bewältigung dieser Krise im Milchsektor ist die umgehende Einführung einer europaweiten Regulierung der produzierten Milchmenge als Teil der gemeinsamen Agrarpolitik. Diese Mengenregulierung darf nicht nur als eine kurzfristige Maßnahme angewandt werden, sondern muss ein ausgewogenes Instrument sein, das den milchproduzierenden Landwirtschaftsbetrieben in ganz Europa eine Zukunft sichert. Bei der Gestaltung dieses Regulierungsinstrumentes müssen die Erfahrungen der alten europäischen Milchquote eingebracht werden und deren Konstruktionsfehler dürfen nicht wiederholt werden. Ein zukunftsfähiges Milchmengenmodell auf europäischer Ebene muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Nur so wird verhindert, dass ein kannibalischer Verdrängungswettbewerb stattfindet, durch den sich die Produktion immer mehr konzentriert und in dessen Folge es immer wieder zu Überproduktion kommt.

Der Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und auch EU-Agrarkommissar Hogan sperren sich, eine europaweite solidarische Milchmengenregulierung auszuarbeiten. Auch der Deutsche Bauernverband lehnt dies ab. Damit verfolgen diese Vertreter weiter die Linie, Vorteile für Großkonzerne und Aktionäre zu schaffen – genau die Linie, die sich auch in CETA und TTIP findet. Auch diese Freihandels-



abkommen werden die Milchkrise weiter verschärfen.

Die Maßnahmen, die die EU und der Bundeslandwirtschaftsminister mit den Länderministern jetzt auf den Weg bringen, nämlich kurzfristige Finanzhilfen pro Kuh z.B. als Schlachtprämien, Steuererleichterungen oder Überbrückungshilfen werden langfristig nicht helfen und sind im besten Fall Ersthilfen, im schlechten Fall aber nur Aktionismus. Es braucht daher eine sozial ausgerichtete, existenzsichernde Mengenregulierung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Daran führt kein Weg vorbei, wenn wir auch in Zukunft noch eine vielfältige Landwirtschaft, und keine „vorübergehende Marktberreinigung“ durch die Zerstörung von landwirtschaftlichen Existenzen haben wollen.

Mehr Verantwortung gefordert

Neben dieser realen Zerstörung von Arbeitsplätzen und damit von Existenzen in der Landwirtschaft bereitete mir diesen Sommer auch die Existenzbedrohung von uns allen durch eine zunehmende Kriegstreiberei Sorgen. Die NATO dehnt sich auf Einladung der Regierungen der baltischen und anderer Staaten immer weiter nach Osten aus. Offenbar nimmt niemand in den Regierungen mehr ernst, was einmal in Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung als NATO-Mitglied informell oder formell vereinbart wurde, nämlich dass es keine weitere Osterweiterung der NATO geben werde. Jetzt steht die NATO in einem Halbkreis an den gesamten westlichen Grenzen Russlands. Gleichzeitig läuft in der Europäischen Union und insbesondere in Deutschland eine massive Aufrüstung ab. Die Bundesregierung stockt die Bundeswehr auf und stattet sie als flexible Einsatzarmee aus. In der NATO will die

Bundesregierung mehr Verantwortung übernehmen und umfangreiche deutsche Truppen werden sich regelmäßig an den Manövern beteiligen. Zusätzlich sind gegenwärtig 3400 Bundeswehrsoldaten in derzeit 14 Einsätzen in 13 verschiedenen Ländern/Regionen der Erde beteiligt.

Und obwohl Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) versprochen hatte, die Rüstungsexporte zu reduzieren, wurde für 2015 festgestellt, dass die Rüstungsexporte in seiner Amtszeit wieder nach oben geschnellt sind und Deutschland vom Rang 5 der Rüstungsexporteure wieder auf Rang 3 geklettert ist. Gabriel entschuldigt dies mit „alten Verträgen“, an die auch er gebunden wäre.

DIE LINKE als Friedenspartei

All dies zeigt, dass die militärische Aufrüstung in Deutschland und die verstärkte Rolle Deutschlands in der NATO Hand in Hand gehen. Wie Russland auf diesen militärischen Halbkreis durch die NATO reagieren wird, bleibt abzuwarten und kann durch unvorhergesehene Zwischenfälle auch zu Eskalationen führen.

Bei jeder Eskalation gelten natürlich Bündnisverträge. Deshalb werden Menschen für dumm verkauft, wenn von einzelnen LINKEN, die für sich Führungsanspruch reklamieren, gesagt wird, die Frage der NATO-Mitgliedschaft und damit der Bündnisverpflichtungen, könnten aus Verhandlungen für einen Politikwechsel ausgeklammert werden. Ausklammern heißt, sich nicht darum zu kümmern. Mit so einer Herangehensweise werden auch Existenzen verspielt: die Existenz einer friedlichen Nachbarschaft zwischen Europa und Russland und die Existenz der Partei DIE LINKE als Friedenspartei.

Dr. Johanna Scheringer-Wright

Fach-Exkursion Naturschutz 2016

NSG Jonastal und Förderung von Natur und Landschaft im Focus der Linken

Frau Petra Schache vom Umweltamt des Landratsamtes Gotha hatte die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Bau und Umwelt des Kreistages Gotha anlässlich des Tages der Umwelt zur alljährlichen Fachexkursion Naturschutz eingeladen, um die Schutzgebiete und Naturschutzprojekte im Landkreis Gotha und Umgebung kennenzulernen.

In diesem Jahr wurde das neueste Naturschutzgebiet Jonastal, welches kreisübergreifend neben dem Landkreis Gotha auch zum ILM-Kreis gehört, besucht, nachdem zuvor ein durch ENL (Förderung von Vorhaben zur Entwicklung von Natur und Landschaft) gefördertes Naturschutzprojekt des NABU, die Umverlegung des Oberschillbachs und die Wiedervernässung von Wiesen in Crawinkel angeschaut wurde. Herr Rene Sollmann vom NABU Jena stellte das Wiedervernässungsprojekt vor und erläuterte die Effekte, die die Maßnahmen auf die Umwelt haben. Durch die Renaturierungsmaßnahmen und die schonende Beweidung der Flächen zwischen Frankenhain, Gossel, Crawinkel und Wölfis, bekannt auch unter dem Namen Thüringeti, konnten sich viele Tiere und Pflanzen wieder ansiedeln, denen mit der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung die Lebensgrundlagen entzogen worden waren. Der Bewirtschafter dieser Flächen ist die Agrar GmbH Crawinkel mit einer Betriebsgröße von ca. 2500 ha. Heinz Bley als Betriebsleiter hat eine Vision in die Tat umgesetzt und noch viele Ideen, wie sich die Thüringeti flächenmäßig und qualitativ weiter entwickeln sollte. In der Diskussionsrunde gab es noch viele Gedanken, wie man den Hochwasserschutz und den Naturschutz sinnvoll verbinden kann – vieles hatten unsere Vorfahren bereits.

Im 2. Teil der Fachexkursion wurde das Naturschutzgebiet Jonastal in Augenschein genommen. Es hat eine Größe von 714,1 ha, davon 3,5 ha im Landkreis Gotha. Herr



Das Jonastal ist ein Geländeeinschnitt innerhalb der Ohrdruffer Platte, der sich von Crawinkel nach Arnstadt zieht. Hier ein Muschelkalkfelsen im Jonastal. Quelle: Wikipedia

Tiele, ehemaliger Sachgebietsleiter Naturschutz des ILM-Kreises, sprach ausführlich über die Tier- und Pflanzenwelt und über erforderliche Maßnahmen, damit der Artenschutz in diesem empfindlichen Schutzgebiet erfolgreich fortgeführt werden kann. Er sprach dabei Probleme an, die sich daraus ergeben, dass nach einer anfänglich guten Finanzierung bei der Gestaltung des Naturschutzgebietes die finanziellen Mittel für den dauerhaften Erhalt fehlten und es bei der Bewirtschaftung der Flächen zu Schwierigkeiten kam.

Das Jonastal befindet sich am Südrand des Thüringer Beckens mit Randplatten im Übergangsbereich zum Thüringer Wald. Der mäandrische Bachlauf der Wilden Weiße hat sich hier tief in den Muschelkalk der Ohrdruffer Platte eingeschnitten und markante, vegetationsarme Steilhänge, Felsen und Schuttkegel gebildet. Das Wasser hat auch Hohlräume geschaffen und diese sind heute bedeutende Fledermausquartiere. Die für Muschelkalkfor-

mationen typischen Verkarstungserscheinungen führen auch im Jonastal dazu, dass die Fließgewässer nur bei Starkregen und rascher Schneeschmelze Wasser führen und ansonsten Niederschläge schnell versickern. Besonders an südexponiertem Gelände herrschen trocken-warme Verhältnisse mit mediterraner Prägung vor. Die Böden sind vorwiegend sehr flachgründig. Kleine Laichgewässer sind im Tal der Wilden Weiße, in den Seitentälern und auf vormals militärisch genutztem Gelände im Südwesten des Gebietes zu finden.

Das Schutzgebiet zeichnet sich durch ein wechselvolles Relief mit lokal unterschiedlichen Kleinklimaten und Standortverhältnissen aus und beherbergt eng verzahnte, grenzlinienreiche Lebensräume des Wald- und Offenlandes. Deren reichhaltige Fauna und Flora besitzt landesweite, in Bezug auf mehrere vom Aussterben bedrohte Arten sogar bundesweite Bedeutung.

Klaus Perlt



Jeder Euro hilft!

DIE LINKE. Kreisverband Gotha
IBAN: DE49820641680002076616
BIC: GENODEF1GTH
Verwendungszweck: Spende von
(Name, Vorname). Vielen Dank!



Nach dem Brexit. Jetzt erst recht!

Gemeinsam gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus – für einen Neustart Europas von unten!

In der linken Diskussion um den Brexit werden immer wieder zwei Positionen stark gemacht: manche sehen den Brexit positiv – denn jeder Exit trage zur Schwächung der imperialistischen EU bei. Die andere Position betont richtigerweise die Dringlichkeit eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas – erkennt aber zu wenig an, dass innerhalb der EU für viele Länder heute kaum noch eine soziale Politik möglich ist. Ich halte beide Positionen für falsch.

Neoliberalismus und imperiale Politik prägen seit Jahren die Verfassung, Verträge, Institutionen und das Währungssystem der EU. Der Euro ist nicht neutral, er nützt vor allem den Großkonzernen und Vermögensanlegern, besonders aber der deutschen Exportindustrie. Auch über die Mechanismen der Wettbewerbs- und Währungsunion wird Klassenkampf von oben geführt: Löhne und soziale Rechte werden unter Druck gesetzt, die Menschen in den verschiedenen Ländern werden zueinander in Konkurrenz gebracht. Standortkonkurrenz, Massenerwerbslosigkeit und prekäre Arbeit sind der Nährboden für Nationalismus und Rassismus. In der Krise haben die herrschenden Kräfte die EU weiter in eine autoritäre Richtung verändert, sie haben den Standortwettbewerb verschärft und durch den Wettbewerbspakt, EZB-Politik und die Troika eine Art eisernen Käfig der Austerität geschaffen. Dieser sorgt dafür, dass ohne einen Bruch mit EU eine soziale, demokratische und friedliche Politik kaum noch möglich ist.

Aber: Wie jeder Staat ist auch die Europäische Union ein umkämpftes Kräfteverhältnis. Dieses wurde in den letzten Jahrzehnten durch Konzerne, Banken, Vermögensbesitzer und neoliberale Ideologen geprägt – die Linke war und ist in der De-



Foto: Garon S (CC BY-NC-ND 2.0)

fensive. Kräfteverhältnisse lassen sich nur ändern, wenn viele Menschen gemeinsam aufstehen und für Alternativen kämpfen. Eine radikale Transformation der EU ist möglich, wenn ein Aufschwung gewerkschaftlicher Kämpfe und grenzüberschreitende Organisierung gegen Austeritätspolitik und prekäre Arbeit, eine europäische Demokratiebewegung und linke Regierungen in Kernländern zusammenwirken. Der Weg hin zu einer sozialen und demokratischen Neugründung Europas ist also mehr als steinig. Aber es gibt keine Abkürzungen.

Eine Rückkehr zu nationalen Währungen löst das Problem nicht. Ebenso wenig wie Nationalstaaten aus dem Kräfteverhältnis der kapitalistischen Globalisierung einfach aussteigen können, führt ein Exit per se zu einem besseren Kräfteverhältnis eines Landes gegenüber der EU. Eines aber ist klar: ein Exit der wirtschaftlich starken Kernländer wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland eröffnet keine linke Perspektive für ein solidarisches Europa. Nach der Erpressung der griechi-

schen Linksregierung vor einem Jahr habe ich geschrieben: „Ohne einen Kurswechsel in Deutschland – hin zu einer sozialen Alternative zum neoliberalen Exportmodell – wird es keine Lösung der Krise und keinen grundlegenden Richtungswechsel in Europa geben. Mehr denn je geht es jetzt um die Bildung eines gesellschaftlichen Lagers des Neins zur Kürzungspolitik und Zerstörung der Demokratie, das über klassische linke Kreise hinausgeht.“

Eine kritische und solidarische Diskussion um Exit, Brexit, Lexit – und die Alternative eines grundlegenden Neustarts für Europa ist wichtig. Aber diejenigen, die gegen den neoliberalen Kapitalismus für soziale Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen, dürfen sich daran nicht spalten.

Gerade in gefährlichen Zeiten muss die europäische Linke gemeinsam gegen Neoliberalismus und die Gefahr von rechts handeln – für eine bessere Zukunft in ganz Europa und einen Neustart Europas von unten!

Bernd Rixinger,
Vorsitzender der Partei DIE LINKE



Mit dem Bus nach Berlin

Einladung zu Fahrten in den Deutschen Bundestag, Gastgeberin: Martina Renner, MdB, Termine: 1.11. bis 3.11.2016 und 6.12. bis 8.12.2016, Anmeldungen: Büro Martina Renner, Blumenbachstraße 5 in Gotha, Telefon: (03621) 5 12 89 30 oder 0174/9635548



Pack die Badehose ein!



Traditionelles Sommerfest der LINKEN im Schwimmbad Wölfis

Wölfis hat seit Jahren keinen besttigten Haushalt. Sogenannte freiwillige Leistungen müssen daher auf ein Minimum beschränkt werden. Mit dem Sommerfest der LINKEN im Schwimmbad Wölfis wollte sich der Kreisvorstand solidarisch mit vielen Bürgerinnen und Bürgern des Territoriums für den Erhalt des Bades einsetzen.

Tausende Unterschriften wurden in Ohrdruf und der Umgebung gesammelt. Es gründete sich ein sehr aktiver Schwimmbadverein, dem inzwischen über sechzig Mitglieder angehören. Die Anrainerkom-

munen Ohrdruf, Crawinkel und Luisenthal beteiligen sich seit 2016 vertraglich gebunden an der Finanzierung der laufenden Kosten des Bades. Es gab großzügige materielle Unterstützung mehrerer Sponsoren. Durch Benefizveranstaltungen, Spenden und Sammelaktionen konnte im letzten Jahr die angespannte finanzielle Situation ein wenig gemildert werden. Im Frühjahr ist es dem Schwimmbadverein gelungen, die Thüringen Philharmonie Gotha zu einem Benefizkonzert für den Erhalt des Bades zu gewinnen. Beide Veranstaltungen fanden am 20. August statt - im Schwimmbad das Sommerfest der LINKEN aus Gotha und rund um die Freilichtbühne im Schulgarten die musikalischen Darbietun-

gen der drei Wölfiser Blasorchester, der Thüringen Philharmonie und dem daran anschließenden Tanzabend einer Wölfiser Tanzkapelle. Als Gäste beim Sommerfest der LINKEN konnten Thüringens Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Heike Werner, die Bundstagsabgeordnete Martina Renner, die Landtagsabgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright begrüßt werden. Hessische Freunde aus dem Main-Kinzig-Kreis und dem Hochtaunuskreis fühlten sich sehr wohl auf unserem Fest. Der Schwimmbadverein kann sich über eine Spende von 208 Euro freuen.

Vera Fitzke und Klaus Perlt

Termine im September

- 01.09. 12-15 Uhr Gothaer Neumarkt Infostand zum Weltfriedenstag
- 01.09. 17.30 Uhr Film „Der Kuaför von der Keupstraße“ CINEPLEX Gotha und Diskussion
- 16.09. 15 Uhr Gesamtmitgliederversammlung Club „Galletti“ Gotha, Judenstraße 44
- 17.09. 12 Uhr Großdemonstration gegen CETA/TTIP Leipzig
- 24.09. 10 Uhr Kommunalpolitische Veranstaltung Ratskeller Mühlberg mit dem Ilmkreis zur Funktions-, Verwaltungs- und Gebietsreform



Wir trauern um unseren
Genossen
Konrad Scheringer
aus Großfahner
geb. 17. Oktober 1938
gest. 16. August 2016

DIE LINKE.Gotha
Kreisvorstand und
Klarsicht-Redaktion

klarsicht

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-gotha.de; Tel.: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; Mobil: 0160/96639748; www.die-linke-gotha.de; Redaktion: E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de; Tel.: (03624) 31 32 97 und 31 75 58; Redaktionsmitglieder: Bernd Fundheller (V.i.S.d.P.), Klaus Perlt (verantwortlicher Redakteur), Vera Fitzke, Joachim Thier-Ueltzen (Redakteure), Helga Oschütz (Lektorat); Satz und Layout: Wolfgang Möller; Erscheinungsweise: in der Regel monatlich; Redaktionsschluss: 15. des Vormonats; Zuschriften: bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; Konto: Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, IBAN: DE49820641680002076616, BIC: GENODEF1GTH